

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2822
des Abgeordneten Steffen John (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/7767

Neueste Entwicklungen am Standort PCK Schwedt

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen des Fragestellers: Am 10. Mai 2023 veröffentlichten die PCK-Raffinerie Schwedt und ENERTRAG den „Transformationspfad für einen Erneuerbare-Energien-Chemie-Kraftstoff-Verbund“. Davon berichtete u. a. der *Nordkurier* am 11. Mai unter der Überschrift „Das soll die Zukunft der PCK-Raffinerie sein“. Demgegenüber steht die Berichterstattung in der *Märkischen Oderzeitung* vom selben Tage, dass die „Aufrüstung der PCK-Pipeline stockt“. Die Sanierung der PCK gehe nicht voran.

In der Mitteilung der Weiterentwicklung der Raffinerie durch die PCK und ENERTRAG vom 10. Mai heißt es nach der hoffnungsvollen Darstellung kostspieliger Pläne, welche langfristige Investitionen von 15 Milliarden Euro erfordern sollen:

„Die Dekarbonisierung des Standortes Schwedt ist an mehrere Erfolgsvoraussetzungen geknüpft. So plädieren die Unternehmensvertreter für ein gemeinsames Verständnis des Transformationsbedarfs und für ein politisches Bekenntnis zur langfristigen Sicherung von Schwedt als Zukunftsstandort für die Produktion grüner Produkte in Deutschland. Dazu bedarf es stabiler Investitionsbedingungen in Form von attraktiven und konsistenten regulativen Voraussetzungen sowie der Bereitstellung von Fördermitteln, um zum europäischen und internationalen Wettbewerb aufzuschließen, verbunden mit dem Abbau von Hürden in Genehmigungsprozessen beim regionalen Ausbau erneuerbarer Energie.“

Frage 1: Wie erklärt sich die Landesregierung die Diskrepanz zwischen den skizzierten Zukunftsplänen und der Umsetzung der „Aufrüstung“ der PCK im herkömmlichen Geschäftsbereich? Ist insbesondere die Ertüchtigung der Pipeline von Rostock tatsächlich gewünscht?

zu Frage 1: Die Landesregierung sieht keine Diskrepanz zwischen den Zukunftsplänen und den Erfordernissen der gegenwärtigen Produktion. PCK will seine Produktion parallel zum laufenden Betrieb umstellen. Die Bundesregierung hat sich im „Zukunftspaket: Sicherung der PCK und Transformation in den ostdeutschen Raffineriestandorten und Häfen beschleunigen“ vom 16.09.2022 zu einer Ertüchtigung der Pipeline von Rostock bekannt. Der Umfang der Baumaßnahmen wurde mit voraussichtlich ca. 400 Mio. Euro beziffert, eine Finanzierung ist durch den Bund vorgesehen.

Frage 2: Welche Hemmnisse sieht die Landesregierung bei der Ertüchtigung der Pipeline von Rostock im Allgemeinen und auf europarechtlicher Ebene im Besonderen?

zu Frage 2: Die Landesregierung sieht keine grundsätzlichen Hemmnisse hinsichtlich einer Ertüchtigung der Pipeline. Der Bund kann die finanziellen Mittel zu einer Ertüchtigung der Pipeline allerdings erst nach Zustimmung durch die EU-Kommission zur Verfügung stellen. Ein entsprechender Antrag zur Genehmigung dieser Beihilfe wird derzeit von PCK in Abstimmung mit dem BMWK erarbeitet.

Frage 3: Welche Zeitschiene ist für die Ausbaustufen beim Transformationspfad für einen Erneuerbare-Energien-Chemie-Kraftstoff-Verbund bekannt? (Bitte konkret mit Jahreszahl benennen.)

zu Frage 3: Gemäß einer Mitteilung der ENERTRAG vom 09.05.2023 haben die PCK Raffinerie Schwedt GmbH und ENERTRAG gemeinsam ein Konzept entwickelt, um an dem Raffineriestandort in Schwedt parallel zum laufenden Betrieb einen Erneuerbare-Energien-Chemie-Kraftstoff-Verbund entstehen zu lassen. Damit wird den Angaben zur Folge ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der langfristigen Versorgung mit nachhaltigen Energieträgern und e-Chemicals in Ostdeutschland geleistet.

Die entsprechende Studie wurde am 08.05.2023 unter dem Name HyPE+ vorgestellt. Das Zielbild für das Jahr 2045 sieht vor, dass die Raffinerie Schwedt Wasserstoff per Pipeline aus der Region bezieht selbst produziert und vertreibt sowie in synthetische Kraftstoffe und andere hochwertige chemische Produkte weiterverarbeitet.

Der Transformationsprozess soll schrittweise bis 2045 erfolgen. Nach Unternehmensangabe solle in einer ersten Ausbaustufe ein 300 MW Elektrolyseur den Weg zur Dekarbonisierung der PCK einleiten. Bis Ende 2027 werde eine Wasserstoffproduktion von mehr als 30.000 Tonnen im Jahr mit einer Elektrolyseleistung von 400 MW möglich sein. Bis 2030 solle dann die eigene Wasserstoffproduktion auf 160 000 Tonnen im Jahr und die Wasserstoff-Weiterverarbeitung auf 240 000 Tonnen im Jahr anwachsen. In der finalen Ausbaustufe werde ein integriertes Verbundkraftwerk eine optimale Kombination von erneuerbarem Strom und H₂-Produktion bereitstellen.

Frage 4: Ab welchem Zeitraum kann mit einer kostendeckenden Produktion von grünem Wasserstoff auf dem Gelände der PCK gerechnet werden?

zu Frage 4: Der Transformationsprozess wird unternehmensseitig gesteuert. Vor diesem Hintergrund ist es nicht Sache der Landesregierung, einen Zeitpunkt zu benennen, an dem mit einer kostendeckenden Produktion von grünem Wasserstoff auf dem Gelände der PCK gerechnet werden kann.

Frage 5: Welche Fördersummen (siehe oben: Stichwort „Bereitstellung von Fördermitteln“) sind von Land, Bund und Europa für die erste Ausbaustufe in Höhe von 550 Millionen Euro und welche für die zweite Ausbaustufe in Höhe von rund 15 Milliarden Euro aufgrund welcher Förderrichtlinien zu erwarten? (Bitte konkret ausführen nach Landes-, Bundes- und Europarichtlinien o. Ä.)

zu Frage 5: Zum jetzigen, noch sehr frühen Zeitpunkt der Projektentwicklung kann die Landesregierung keine umfassenden Aussagen über die erforderlichen Fördersummen in Ausbaustufen machen.

Frage 6: Durch welche konkreten Ansätze (Visionen, Perspektiven) sollen Investoren dazu gebracht werden, vom gewinnträchtigen Modell der herkömmlichen Raffinerie auf den Transformationspfad umzuschwenken?

zu Frage 6: Deutschlands Weg in die Klimaneutralität ist im Klimaschutzgesetz vorgezeichnet. Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes im Jahr 2021 hat die Bundesregierung die Klimaschutzvorgaben verschärft und das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 verankert. Bereits bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken.

Frage 7: Welche Erfolgsvoraussetzungen sieht die Landesregierung für das Gelingen des Transformationspfades, was wird insbesondere das Land Brandenburg tun müssen?

zu Frage 7: Aus Sicht der Landesregierung ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Standort Schwedt in Zukunft mit ausreichend klimaneutralem Wasserstoff versorgt wird. Perspektivisch wird der Bedarf die eigene Erzeugung deutlich übersteigen. Daher müssen zusätzliche Importkapazitäten und entsprechende Infrastrukturen für den Wasserstofftransport aufgebaut werden. Konkrete Bezüge ergeben sich aus dem Vorhaben „Flow“, dass ein Konsortium aus Gascade, Ontras und Terranets BW am 15.12.2022 öffentlich bekannt machte. Im Verbundvorhaben „Flow“ ist vorgesehen, die OPAL-Gastransportleitung deutlich früher als bis bisher geplant auf Wasserstoff umzustellen, d.h. bereits bis 2025. Die ursprünglichen Planungen sahen eine Umstellung bis 2032 vor. Durch die geplante Umstellung der OPAL-Pipeline wird eine deutlich frühere Wasserstoffversorgung der Uckermark möglich. Die Herausforderung besteht jedoch darin, eine Verbindungsleitung (Neubau inkl. aller Planungs- und Genehmigungsverfahren) von der OPAL-Trasse bis nach Schwedt/O. (ca. 10-15 km) zu realisieren.

Frage 8: Was versteht die Landesregierung unter einem „gemeinsamen Verständnis“ des Transformationsbedarfs?

zu Frage 8: Die Landesregierung unternimmt alles in ihrer Macht Stehende, damit der PCK-Raffineriestandort Schwedt/O. erhalten und zu einem nachhaltigen modernen Standort weiterentwickelt wird. Der Transformationsfonds der EU und insbesondere das Zukunftspaket des Bundes bieten dafür eine gute Basis. Die Landesregierung begleitet die geplanten Strukturmaßnahmen auf hoher Ebene. Das gemeinsame Verständnis für den Transformationsbedarf findet seinen Ausdruck in der Task Force PCK Schwedt der Landesregierung, in der - unter der Leitung des Ministerpräsidenten - verschiedene Fachminister, Vertreter des Bundeskanzleramtes und des Bundeswirtschaftsministeriums sowie die PCK-Geschäftsleitung und die Landrätin des Landkreises Uckermark und die Bürgermeisterin der Stadt Schwedt/O. zusammenarbeiten, um sich gezielt den landesspolitischen, regionalen und kommunalen Aufgaben und Herausforderungen zu widmen.

Frage 9: Welche „stabilen Investitionsbedingungen“ und „konsistenten regulativen“ Voraussetzungen müssen zum Gelingen des Transformationspfades genau geschaffen werden?

zu Frage 9: Die Investitionsbedingungen und regulativen Voraussetzungen für einen gelingenden Transformationsprozess werden maßgeblich bundeseitig festgelegt und geschaffen. Die Landesregierung wird sich gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass diese Rahmensetzung ziieldienlich erfolgt.

Frage 10: Welche „Hürden in Genehmigungsprozessen“ sieht die Landesregierung auf dem Transformationspfad?

zu Frage 10: Die Landesregierung sieht in den Genehmigungsverfahren für die Errichtung und den Betrieb der erforderlichen Anlagen keine grundsätzlichen Hindernisse. Sie hält jedoch die Verbesserung der Effizienz immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren, z. B. durch Vereinfachungen im Verfahrensrecht und der durchgängigen Nutzung digitaler Verfahren, für einen wichtigen Beitrag zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und der Transformation der Industrie. Mit dieser Zielrichtung wird die Landesregierung in der Gesetzgebung, z. B. im Rahmen des Bundesrates, aktiv.

Frage 11: Welche Maßnahmen ergreift welche Stelle zur „Aufschließung des internationalen Wettbewerbs“, insbesondere welche Schwierigkeiten gibt es dabei beim Wechsel des Geschäftsmodells von der Petrochemie zu den sogenannten Erneuerbaren Energien?

zu Frage 11: Maßnahmen in Bezug auf eine internationale Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere auch im Hinblick auf einen Wechsel des Geschäftsmodells, sind unternehmensseitig festzulegen und umzusetzen. Sie obliegen nicht der Landesregierung.